

## Niederschrift

### zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2008/2014)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Dienstag, den 04.03.2014	18:00- 20:55 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Stephan Wende

##### Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnick, Fred-Hagen Grünewald, Maria Meini

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke, Jens Hoffrichter

##### SPD-Fraktion

Elisabeth Alter, Helga Bluschke - Vertretung für Herrn Jürgen Luban, Klaus Hemmerling

##### FDP-Fraktion

Heiner Buzziol, Lothar Hoffrichter

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz

##### Sachkundige BürgerInnen

Matthias Bogdan, Franz Finka, Jens Finka, Beatrix Ring

##### Verwaltung

Wigbert Bengtsson, Carsten Fettke, Marion Nötzel, Katja Renner, Irina Retzlaff, Jürgen Roch,

Christfried Tschepe

##### Gäste

Gernot Alter, Herr Bock (Geschäftsführer FGL), Siegfried Daske (Behindertenbeirat), Herr Dr. Böhme (LUGV), Herr Henschel (Anwohner Lindenstraße), Herr Krause (Kita Krausestraße), Elke Neitsch (Behindertenbeirat), Wolfgang Petenati, Uwe Stemmler (MOZ), 16 interessierte Bürger/innen

#### Abwesend

##### SPD-Fraktion

Jürgen Luban

##### FDP-Fraktion

Lutz König

##### Sachkundige BürgerInnen

Lothar Kranz

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende eröffnet um 18:00 Uhr die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses und begrüßt die Anwesenden.

#### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Es sind 12 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.

#### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 11.02.2014**

Die Niederschrift ist noch nicht fertig gestellt. Die Bestätigung der Niederschrift wird zur Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses aufgenommen.

#### **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende informiert, dass den Abgeordneten die **Beratungsdrucksache 5/679 „Hortneubau Heuweg“** als Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden ist. Es geht um die Entscheidung der Ausführungsvariante der Bauweise und Vergabeart. In der Drucksache ist das Ergebnis der Vorberatung des Stadtentwicklungsausschusses und der Beratung mit den Erzieherinnen und Eltern wiedergegeben. In den Beratungen mit den Erzieherinnen und Erziehern sowie mit den Eltern wurde sich auch mehrheitlich für die Variante 2 des Bebauens ausgesprochen. Variante 2 ist die Massivbauweise und das „L“ als Hausform. Die Vergabe in Einzellosen wird präferiert.

Des Weiteren informiert der Vorsitzende, dass es **Änderungen in der Terminkette des Sitzungsplans 2014** gibt. Die konstituierende Sitzung der neuen Stadtverordnetenversammlung findet am 24.06.2014 statt. D. h., dass die für diesen Zeitraum geplanten Ausschusssitzungen nicht realisiert werden können. Deshalb sah der Fachbereich die Notwendigkeit, eine zusätzliche Sitzung in die Terminkette aufzunehmen. Es wird vorgeschlagen, am 29.04.2014 und am 13.05.2014 eine Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses durchzuführen. Die geplante Sitzung am 06.05.2014 soll entfallen.

Der nächste reguläre Termin nach der Konstituierung ist der 15.07.2014. Da der Termin bereits in den Sommerferien liegt, fragt der Vorsitzende die Ausschussmitglieder, ob bereits am 08.07.2014 getagt werden kann. Die Ausschussmitglieder stimmen allen Änderungen zu.

#### **TOP 6 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

## **TOP 6.1 Immissionsuntersuchung FGL Lindenstraße (BE: Herr Dr. Böhme, LUGV)**

**Herr Henschel (Anwohner der Lindenstraße)** erhält das Rederecht. Er bezieht sich auf eine geplante Verkehrszählung, die im Zeitraum vom 07.04. bis 21.04.2014 in der Lindenstraße stattfinden soll und fragt, ob die genauen Termine den Anwohnern und dem FGL mitgeteilt werden. Er befürchtet, dass FGL den Lieferverkehr im betreffenden Zeitraum einschränken könnte. Einzelne Anwohner der Lindenstraße haben bereits in Eigeninitiative Verkehrszählungen vorgenommen. Dabei wurde von den Anwohnern der Lindenstraße festgestellt, dass ca. 100 LKWs pro Tag FGL anfahren. Herr Henschel hat am 24.02.2014 um 09:00 Uhr morgens 107 LKWs gezählt. Er weist auch darauf hin, dass die letzte Verkehrszählung im Jahr 2010 stattgefunden hat. FGL hat im Jahr 2011 eine neue Halle errichtet. Dadurch fallen zusätzliche Lieferfahrten an. Herr Henschel macht deutlich, dass der Widerstand der Anwohner der Lindenstraße nicht allein dem Lärm, sondern auch den damit verbundenen Feinstaubabgasbelastungen gilt. Dieser Fakt soll bei weiteren Entscheidungen berücksichtigt werden.

**Herr Tschepe** informiert, dass die Verkehrszählung durch die Stadt beim Landkreis in Auftrag gegeben wurde. Die Verkehrszählung dient dazu noch mal zu überprüfen, ob die Größenordnung, die in 2010 ermittelt und der Lärmaktionsplanung zugrunde gelegt worden ist, eingehalten wird.

**Herr Dr. Böhme** (Referatsleiter im Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Frankfurt (Oder)) erläutert, dass die Überwachung der genehmigungsbedürftigen Anlagen eine wesentliche Aufgabe des LUGV ist. Als nicht genehmigungsbedürftige Anlage wurde im Jahr 2011 eine neue Halle von FGL errichtet. Bedingung war es, dass die hintere Ausfahrt genutzt werden muss. Es kam jedoch nicht zu der erhofften Entlastung. Die Lärmimmission ist weiterhin auf einem hohen Niveau geblieben. Das war für das LUGV Anlass, außerplanmäßig eine Immissionsuntersuchung im Sommer 2013 durchzuführen. Die Richtwerte für das unmittelbare Wohnumfeld betragen tagsüber 80 dB und nachts 60 dB. Alleine die Vorbelastung (städtische Hintergrundgeräusche u. andere Anlagen im Umfeld) überschreitet die Richtwerte. D. h. alle Maßnahmen, die FGL ergreift, werden nicht zu einer Lärminderung für das Wohnumfeld führen. Die Messungen haben auch ergeben, dass FGL die Richtwerte nachts überschreitet. Aus Sicht des LUGV müsse deshalb die alte Einfahrt von FGL nachts geschlossen werden. Im Rahmen einer Anhörung findet am 06.03.2014 ein Gespräch zwischen dem LUGV und FGL statt.

**Herr Bock** (Geschäftsführer von FGL) macht deutlich, dass auch von vielen anderen Betrieben im Umfeld von FGL Immissionsbelastung verursacht wird. Eine Maßnahme des Immissionsschutzes ist die bereits errichtete vier Meter hohe Schallschutzwand in Richtung Uferstraße.

**Der Vorsitzende** hält zusammenfassend fest, dass in Bezug auf den Immissionsschutz nicht nur FGL, sondern auch alle anderen Betriebe in der Lindenstraße betrachtet werden müssen. Was die Immissionsbelastungen betrifft, muss die Stadt bei zukünftigen B-Plänen in einem Spannungsfeld diskutieren und abwägen.

## **TOP 6.2 Sachstandsbericht Roteichenstraße und Straße "An der Bäderbahn"**

**Der Vorsitzende** berichtet von der stattgefundenen Bürgerversammlung zur Roteichenstraße. Das Votum der Bürger/innen war mehrheitlich für die Ausbauvariante zwei (Mischverkehrsfläche mit größtem Anteil an Bäumen).

**Herr Tschepe** erläutert anhand von Luftbildern die Planung für die Straße „An der Bäderbahn“. Die Pläne sind Anhang der Niederschrift. **Frau Nötzel** ergänzt, dass der Planer festgestellt hat, dass sich zwei LKWs im Kurvenbereich am Einkaufszentrum Bahnhofstraße nicht begegnen können. Um den Verkehrsfluss zu erhalten, muss für die Bauphase ein Teil des Gehweges zurückgebaut werden.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass der hintere Teil der Straße als Erschließung zum Sportplatz genutzt werden könne. Die Verwaltung wird gebeten eine möglichst lange Nutzung zu ermöglichen.

**Der Vorsitzende** bittet die Abgeordneten um Abstimmung zur vorgestellten Planung, das Asphaltband für 200 Tsd. Euro als temporäre Straße entlang der Bäderbahn für die Zeit der Umleitung zu errichten.

**Abstimmung: Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1**

### **TOP 6.3 Sachstandsbericht - Kosten Sonnengrundschule**

**Herr Tschepe** erläutert die Finanzierungsstruktur für die Sonnengrundschule. Die entsprechende Präsentation ist Anhang der Niederschrift.

### **TOP 6.4 Bebauungsplan Nr. 89 "Kita-Standort Krausestraße" hier: Änderung des Geltungsbereiches, Auslagebeschluss 5/673**

**Herr Tschepe** zeigt Entwurfsansichten zur geplanten Errichtung einer Kindertagesstätte in der Krausestraße. Die Entwürfe sind Anhang zur Niederschrift.

**Herr Wende** erfragt bei der Verwaltung, inwieweit die Erschließung des Grundstücks mit einer möglichen neuen Straße geplant ist. **Herr Tschepe** erklärt, dass der Standort über die Krausestraße, als vorhandene öffentliche Straße, erschlossen ist. Im Jahr 2015 werden voraussichtlich wieder Mittel zur Verfügung stehen, um Investitionen in den Straßenausbau zu tätigen.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung des Geltungsbereiches für den Bebauungsplan Nr. 89 „Kita-Standort Krausestraße“. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 123 teilweise, 124/3 teilweise und 381 teilweise der Flur 151, Gemarkung Fürstenwalde/Spree.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 89 „Kita-Standort Krausestraße“ in der Fassung 02/2014 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.5 Bebauungsplan Nr. 84 "Nahversorgung an der Ernst-Thälmann-Straße" hier: Auslagebeschluss 5/674**

Da es keine weiteren Fragen zur vorliegenden Drucksache gibt, bittet der Vorsitzende um Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 84 „Nahversorgung an der Ernst-Thälmann-Straße“ in der Fassung vom 20.02.2014 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und § 4a BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.6 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 61 "Verbrauchermarkt Trebuser Straße" hier: Einleitungsbeschluss, Auslagebeschluss 5/675**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB für den Bebauungsplan Nr. 61 „Verbrauchermarkt Trebuser Straße“ die Einleitung der 1. Änderung.
2. Die 1. Änderung soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB erfolgen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Entwurf der 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 61 „Verbrauchermarkt Trebuser Straße“ in der Fassung vom 20.02.2014 zur Kenntnis. Mit diesem Entwurf ist die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und gleichzeitig die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie die Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB, durchzuführen.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 6.7 Ausführungsbeschluss für das Bauvorhaben: Stadtpark - Hauptachse 5/676**

**Frau Nötzel** informiert, dass in diesem Jahr die Erneuerung des Brunnens durchgeführt werden soll. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel sollen der Wegebau, die Pflanzflächen und die Beleuchtung erst 2015 folgen.

**Herr Hilke** teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird. Die CDU hält die Förderpolitik von Bund und Land für unsinnig. Dass das Land Brandenburg insbesondere die Erneuerung von Stadtparks fördert, ist bei allen anderen Problemen,

die eine Kommune hat, nicht nachvollziehbar. Den hohen Eigenanteil von 160 Tsd. Euro findet die CDU-Fraktion nicht angemessen.

**Die Fraktion DIE LINKE beantragt, die gesamte Maßnahme (Bauabschnitt 1 u. 2) in 2014 zu realisieren.**

**Abstimmung zum Antrag: Ja 7 Nein 1 Enthaltung 4**

**Beschlussvorschlag:**

Die Ausführung des Bauvorhabens „Stadtpark – Hauptachse“ wird, entsprechend der vorliegenden Planung, beschlossen.

**Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

**TOP 6.8 "Aktive Stadtzentren" in Fürstenwalde/Spree, Programmaufnahme und Fördergebietskulisse 5/677**

**Herr Tschepe** erläutert die Drucksache und zeigt die Fördergebietskulisse anhand eines Plans, der Anhang der Niederschrift ist.

**Herr L. Hoffrichter** weist darauf hin, dass die Parksituation am Bahnhof verbessert werden müsse.

Auf Nachfragen von **Herrn J. Hoffrichter u. Herrn Bogdan**, warum die Fördergebietskulisse nur Innenstadt bezogen ist und nicht die Gebiete Süd und Nord umfasst, antwortet **Herr Tschepe**, dass es sich hier um eine Festsetzung von Bund und Land handelt, die vorsieht, die Förderprogramme auf die Innenstädte zu konzentrieren. Einzige Ausnahme ist das Programm „Soziale Stadt“ mit dem z. B. bereits das Projekt „Kleine Freizeit“ in Nord gefördert werden konnte.

**Herr Hilke** bittet die Verwaltung, einmal im Jahr eine kompakte Übersicht an die Stadtverordneten zu übermitteln mit den Angaben, an welchen Programmen die Stadt teilnimmt und wie diese gefördert werden. **Herr Wende** fügt hinzu, dass er auch das Potenzial des Fördergebietes aufgezeigt bekommen möchte. **Herr Tschepe** informiert, dass bei Genehmigung der Fördergebietskulisse die Möglichkeit besteht, ca. 8 Mio. Euro in einem Zeitraum von sechs Jahren auszugeben.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Fürstenwalde/Spree beantragt die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortszentren“. Die Fördergebietskulisse des Programms wird als Erweiterung des zentralen Versorgungsbereiches Innenstadt beschlossen. Sie erstreckt sich in der Süd-Nord-Ausdehnung von der Spreebrücke über die Mühlen- und Eisenbahnstraße bis hin zum Nahversorgungszentrum Fürstenwalde-Nord. In der Ost-West-Ausdehnung reicht sie von der Fontane-Grundschule bis zum Spreeuferpark. Die Anlage 1 mit der graphischen Darstellung der Kulisse ist Bestandteil des Beschlusses.

**Zustimmung Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 7 Informationen der Verwaltung**

**Wegeverbindung Uferstraße**

Auftrag der Verwaltung war es, mögliche Wegeverbindungen im Gestaltungsbereich des B-Plans 47 zu prüfen. Herr Tschepe berichtet, dass ein Gespräch mit dem benach-

barten Zweckverband ergab, dass ein durchgehender Uferweg über dessen Grundstück möglich ist.

**Längsparken in der Eisenbahnstraße** (entsprechende Folien im Anhang)

**Abstimmung über einen Änderungsantrag für die Schaffung eines Radweges: Ja 1**

**Abstimmung über den Vorschlag aus dem Lärmaktionsplan, Errichtung eines Parkstreifens: Ja 1**

**Somit sind beide Vorschläge abgelehnt.**

**Der Vorsitzende** bittet die einzelnen Fraktionen, den Lärmaktionsplan zu besprechen und in der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

### **Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE**

Herr Tschepe berichtet, dass mit Ausnahme des städtischen Kita-Grundstückes und dem kreiseigenen Verwaltungsgrundstück im Bereich Julius-Pintsch-Ring alle Grundstücke im Privatbesitz sind und genutzt werden. Es gibt demnach keinen Handlungsbedarf und vor allem keine kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Ein Wettbewerb erscheine der Verwaltung deshalb derzeit nicht sinnvoll. Im Übrigen sei bei jedem Wettbewerb mit Kosten zu rechnen. Der Wettbewerb für das Domumfeld kostete beispielsweise rund 10 Tsd. Euro.

**Verordnung über die Naturdenkmäler** (siehe Anhang der Niederschrift)

### **Finanzierung Sigmund-Jähn-Grundschule**

Herr Fettke informiert, dass die Errichtung von Behindertenrampe und Behinderten WC im Umsetzungsplan 2014 mit derzeit bestätigten 100 Tsd. Euro berücksichtigt werden kann.

### **Jugendgästhaus**

Im Rahmen der Standortaufwertung wurde die Auflage erteilt, das Nebengebäude (ehem. Penny-Markt) auch einer Nutzung zuzuführen. Prüfungen für eine Nachnutzung waren jedoch erfolglos. Es wurde entschieden, die Fläche zu verkaufen. Das Gebäude wird bis ca. 1,50 m unter Oberkante abgebrochen.

## **TOP 8      Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

**Frau Ring** fragt, ob am Parkplatz Kaiserhof (in Richtung Dr.-W.-Külz-Straße) eine Beleuchtung erfolgt, da dieser Abschnitt sehr dunkel ist. Die Verwaltung wird dies prüfen.

**Herr J. Hoffrichter** erkundigt sich, ob die Verwaltung einen Zeitplan bzgl. der Pendlerparkplätze hat.

Des Weiteren macht er noch mal auf seine Anregung zur Errichtung eines Toilettenhäuschens im Zentrum aufmerksam.

**Herr Grasnack** berichtet von Bürgern, die darum bitten, im Mittelstreifen der Bachstraße (zwischen Sparkasse u. Apotheke) einen Fußgängerübergang zu errichten.

**Herr Apitz** fragt, wann das Jugendgästehaus bezogen werden soll. **Herr Fettke** antwortet, dass die Fertigstellung bis Juli 2014 geplant ist.

## **TOP 9 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und bittet, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.

Stephan Wende

Katja Renner

---

Vorsitzender

---

Schriftführerin